

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 100.

Freitag, den 30. April 1897.

4. Jahrgang.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Durch die Heerschau am 1. Mai

demonstriren die arbeitenden Klassen gegen politische Unterdrückung und Entrechtung, gegen die Ausbeutung der Arbeiter im Klasseninteresse der Unternehmer und gegen die Völkerverheugung.

Für eine

freie, glückliche und friedliebende Gesellschaft

kämpfen die klassenbewußten Proletarier der ganzen Welt.

Arbeiter, Genossen! Mühtet zu dem

Weltprotest der Arbeit!

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“)

Berlin, 28. April 1897

210. Sitzung.

Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Vom Bundesrathlich: v. Bötticher, Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Verlesung eines Invalidentversicherungsgesetzes in Verbindung mit dem vom Abg. v. Blöy und Genossen und dem vom Abg. Blöke eingebrachten Gesetzentwurfen.

v. Blöy (N.) erkennt an, daß der neue Entwurf einzelne Verbesserungen enthalte. Aber es wäre vielleicht besser gewesen, man hätte sich noch eine Zeit lang mit dem alten Gesetz beholfen und dann ganze Arbeit gethan, gründlich mit dem alten Gesetz aufgeräumt und ein vereinfachtes Gesetz an die Stelle gesetzt. Ein Vortheil sei in der leichteren Erlangung der Renten zu erblicken; gut sei es auch, daß die Krankenkassen entlastet worden seien. Viele Krankenkassen hätten durch das bisherige Gesetz vor dem Ruin. Die Beiträge seien bisher zu hoch gewesen und sie seien in Folge dessen mit Recht herabgesetzt worden. Gegen die staatliche Kontrolle der Versicherungsanstalten müsse er sich entschieden aussprechen. Da man Selbstverwaltung eingeführt habe, die sich gut bewährt hätte, sei die staatliche Kontrolle entbehrlich. Der Osten sei benachtheiligt, er zahle nicht nur Renten für die im Osten inwalide Gewordenen, sondern auch für solche, die in Berlin und in den Industriebezirken inwalide geworden sind. Ein gerechter Ausgleich sei also angezeigt. Der Hauptfehler sei im Entwurf die Vertheilung der Marktenklebung. Er habe deshalb einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher das Marktenkleben ganz entbehrlich machen soll. Niemand werde behaupten wollen, daß sein Vorschlag unausführbar sei. Er fordere in seinem Entwurf, das Marktenkleben durch Zuschläge der staatlichen Einkommensteuer entbehrlich zu machen. Das sei ein einfacheres Verfahren, die Beiträge zu leisten und quittirt zu erhalten. Viel Ansehungen habe sein Entwurf wegen der von ihm vorgeschlagenen Vertheilung der Lasten erfahren. Das Interesse des Staates heiße einen zufriedenen Arbeiterstand, für dessen Zukunft gesorgt werden müsse. Dagegen müsse zur Tragung der Kosten die Gesamtheit herangezogen werden. Er habe in seinem Gesetz vorgeschlagen, die Lasten auf die Gesamtheit der Steuerzahler durch Zuschlag zur Einkommensteuer zu legen. Die jetzige Vertheilung sei ungerecht. Der arme Bauer müsse ungeheure Beiträge zahlen, der reiche Getreidehändler zahle so gut wie nichts. Der Entwurf, sagt man, sei zu sozialistisch. Er glaube aber nicht, daß die Sozialdemokraten für den Entwurf stimmen würden. Er habe gegen eine Kommissionsberatung nichts einzuwenden. Leider werde das Gesetz wohl in diesem Jahre nicht mehr zu Stande kommen. Wieder ein Jahr, ohne daß auf diesem Gebiet etwas geschehen wäre. Herr v. Marschall habe mit großer Empfindung auf die kleinen Mittel verwiesen. Dieses kleine Mittel werde um und wieder hinausgeschoben, ebenso wie man sich mit den anderen kleinen Mitteln Zeit lasse. Im Feenpalast seien immer noch die Getreidehändler auf ihren Schleiwegen versammelt und die Regierung thue nichts. Die Regierung sollte doch endlich einsehen, daß der Landwirtschaft nur schnelle Hilfe Noth thue. (Beifall rechts.)

Blöke (liberal) erkennt ebenfalls an, daß die Regierungsvorlage Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand enthalte, aber den laut gewordenen Wünschen im Publikum trage sie jedoch zu wenig Rechnung. Diese Wünsche gingen in erster Linie auf eine Vereinfachung der Invalident-, Unfall- und Krankenversicherung aus. Davon sei aber in der Vorlage gar keine Rede. Das Verfahren für alle drei Versicherungen müsse ein einheitliches werden, so schwierig dies auch erscheinen möge. Vor Allem müßte ein Schiedsgericht für beide Versicherungen, für die Invalident- und die Unfallversicherung, geschaffen werden. Es existiren in Deutschland 1600 Schiedsgerichte, die naturgemäß sehr wenig zu thun haben und alle Jahr nur viermal zusammen kommen, so daß die Arbeiter immer Monate lang auf die Entscheidung warten müssen. Der Vorschlag des Abgeordneten v. Blöy ist wohl als ein Gesetzentwurf des Bundes der Landwirthe, nicht als einer der konservativen Partei aufzufassen. Herr v. Blöy stand wohl heute unter dem Eindruck, daß sein Antrag abgelehnt werden würde. Sein Organ, die „Deutsche Tageszeitung“, hat aber angekündigt,

daß der Antrag immer wieder hören werde. Er ist durchaus nicht sorgfältig abgefaßt, trotz der angeblichen Verhältnisse von Sachverständigen. Er scheint nur als neues Agitationsmittel für den Bund dienen zu sollen und nimmt sich in einseitiger Weise der Interessen der Großgrundbesitzer an (Lachen rechts). Der Antrag enthält den Vorschlag, nicht mehr Beiträge zu erheben, sondern die Kosten durch Zuschläge zur Steuer auf Einkommen über 600 Mark aufzubringen und zwar soll den Einzelstaaten die Erhebung der Steuer überlassen sein. Da sieht man, wie oberflächlich der Vorschlag ist. Es giebt Einzelstaaten, die keine Einkommensteuer erheben. Auch wird die Einkommensteuer in den Einzelstaaten ganz verschieden erhoben, hier progressiv, dort nicht. Als Grundlage für die Erhebung könnte nur eine Reichseinkommensteuer dienen, welche die Linke oft genug beantragt, die Rechte immer bekämpft hat. Das aber, was Herr von Blöy heute will, ist einfach aus den sozialdemokratischen Anträgen im Jahre 1889 bei der Verlesung des Invalidentgesetzes abgeschrieben. Die Sozialdemokraten wollten damals die Kosten der Versicherung durch eine Reichseinkommensteuer decken. Die Herren von der Rechten schreien zwar immer nach der Bekämpfung des Unluzes, seine Wurzeln aber machen sie sich zu Nutzen. (Sehr richtig! links.) Sollten die Kosten durch eine Einkommensteuer aufgebracht werden, so würden Leute dazu herangezogen werden, die jetzt nichts zu zahlen haben, weil sie keine Arbeiter beschäftigen, die Lehrer, die Beamten, die Wittwen und Waisen, die selbstständigen Unternehmer des Gewerbestandes und der Landwirtschaft, die ohne Arbeiter thätig sind. Der Vorschlag des Herrn v. Blöy ist also eine neue Belastung des Mittelstandes, dessen Schutz ihm angeblich am Herzen liegt. (von Blöy: Die sind ja dann mit versichert.) Es ist doch sehr zweifelhaft, ob diesen Leuten an der Versicherung etwas liegt. Wer aber würde durch den Vorschlag entlastet werden? Alle Staats- und Kommunalbetriebe, die keine Einkommensteuer zahlen. Vor Allem aber die Großgrundbesitzer und Großindustriellen. Beschäftigt jemand 100 Arbeiter, so zahlt er 5-600 Mk. pro Jahr. Hat er ein Einkommen von 10 000 Mk. und muß er als Zuschlag die halbe Einkommensteuer zahlen, wie Herr v. Blöy vorschlägt, so braucht er nur 150 Mk. jährlich zu zahlen, er hat also einen Gewinn von 850-450 Mk. Bei einem Unternehmer, der 1000 Arbeiter beschäftigt, beziffert sich der Gewinn auf 5600 Mk. (Hört! hört! links.) Noch bessere Geschäfte würden die Großgrundbesitzer machen, die nach ihren Angaben jetzt ein geringes Einkommen haben. Die Kosten hätten der Mittelstand und der kleine Landwirth zu tragen. Schmachhaft mag der Vorschlag für die niedrig gelohnten Arbeiter sein; für die gut bezahlten bedeutet er eine Mehrbelastung. Jetzt tragen die Arbeiter zur Versicherung nur bei, wenn sie Arbeit haben; die Einkommensteuer aber wird nach dem Gesamteinkommen des verlassenen Jahres erhoben; und danach müßte auch der Zuschlag berechnet werden. Die Herren vom Bunde wollen die Kosten der gemeinsamen Arbeiterversicherung auf die Allgemeinheit abwälzen, um die Schultern des bürgerlichen Grundbesitzes zu entlasten. Dadurch wird die Mehrbelastung der Gesamtbevölkerung unabsehbar. Der Vorschlag mit dem Zuschlag zur Einkommensteuer ist offenbar gar nicht ernst gemeint. Die Herren rechnen schließlich auf eine Erhöhung der indirekten Steuern. Dann würde das Unerhörte eintreten, daß die Kosten der Versicherung, die angeblich zu Gunsten der Arbeiter eingeführt ist, so gut wie ausschließlich von der arbeitenden Bevölkerung selbst aufgebracht werden müßten. (Sehr richtig! links.) Und das Alles soll geschehen zu Gunsten der 14 000 Großgrundbesitzer, die mehr als 200 Hektar ihr Eigen nennen. — Ich wende mich nun zur Vorlage selbst; sie erleichtert das Marktenkleben so, daß es für den Unternehmer so einfach wie das Briefmarktenkleben ist. Das Kleben ganz fortfallen zu lassen, empfiehlt sich nicht. Mögen die Damen der Bourgeoisie, die am meisten über diese Belästigung klagen, dadurch an ihre sozialen Pflichten gemahnt werden. Es geht nicht an, die Altersgrenze von 70 auf 60 Jahre herabzusetzen. Ich freue mich sehr, daß die sozialdemokratische Partei von ihren früheren Ansichten darüber zurückgekommen ist und sich auch darin gemauert hat. In Gotha warnte Wolkenbuhr unter Zustimmung Bebels vor dieser Herabsetzung, weil die Belastung der Arbeiter durch erhöhte Beiträge zu hoch sein würde. Bedenklich erscheint im Entwurf der Regierung die verschiedene Berechnung der Grundrente, dagegen empfiehlt sich die Einführung einer neuen höheren Lohnklasse. Die Entlastung der Krankenkassen durch die Herabsetzung der Krankenzust ist ein weiterer Vorzug der Vorlage. Vielleicht kann man hierin noch weiter gehen. Dagegen sind die Forderungen auf Erweiterung der Rechte des Staatskommissars und der beaufsichtigenden Behörden ein zu harter Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung. Es würde dadurch eine

Veranickung der Instanzen herbeigeführt, die sehr bedenklich wäre. Nicht nur das Reichsversicherungsamt, sondern auch die Landeszentralbehörde könnte beständig in den Geschäftsgang der Versicherungsanstalten eingreifen. Wird man dann selbstbewußte Männer für die Verwaltung dieser Anstalten finden? Ich komme nun zu der anderweitigen Vertheilung der Rentenlast, die die Vorlage der Regierung vorschlägt. 50-75 pft. der Rentenlasten sollen danach auf die Schultern aller Versicherungsanstalten gemeinsam gelegt werden. Es wird in der Vorlage auf Ostpreußen und Niederbayern einerseits und auf Berlin und die Hansestädte andererseits hingewiesen. Ich möchte aber bestreiten, daß die Vertheilung im Allgemeinen so groß ist. Daß die Verhältnisse in den landwirthschaftlichen Bezirken jetzt etwas ungünstiger sind, ist zuzugeben. Aber sie werden sich noch wesentlich verschieben. Eine Verringerung der Rentenlasten ließe sich einfach durch Verbindung mit einer anderen bayerischen Anstalt erreichen. Im Allgemeinen ist aber aus den einzelnen Zahlen jetzt noch gar kein bestimmter Schluss zu ziehen. Dazu besteht das ganze Gesetz noch nicht lange genug, um ein sicheres Urtheil über die Belastung der einzelnen Versicherungsanstalten zu ermöglichen. In einzelnen Anstalten wird die mangelhafte Verwaltung an der Belastung Schuld sein. Es geht durchaus nicht an, davon zu sprechen, daß die ländlichen Bezirke von den Rentenlasten erdrückt werden, während die industriellen Bezirke im Ueberflus schwelgen. Im Interesse einer besseren Lastenvertheilung würde es sich empfehlen, auf den Entwurf von 1888 zurückzukommen, der versicherungstechnischen Grundfragen besser entspricht. Die Klagen gegen das Gesetz entpringen ungenügender Kenntniß und mangelhafter Handhabung; natürlich ist diese in industriellen Bezirken leichter als in ländlichen; in den letzteren ist vor Allem eine bessere Vertheilung der Lasten erforderlich; die Versicherungsanstalt Ostpreußen berechnet daraus einen Festbetrag von 1 Million jährlich; würde diese Summe eingehen, so wäre von einer Ueberlastung keine Rede. Selbst Ostpreußen hat noch ein beträchtliches Vermögen. Um Ostpreußen und Niederbayern zu helfen, schlagen die verbündeten Regierungen vor, die Beiträge herabzusetzen. Die Folge davon würde nur ein Rückgang der Einnahmen sein. Also man schafft künstlich noch schlechtere Verhältnisse für diese Anstalten. Bei der Geschäftslage des Hauses erscheint es unmöglich, den großen Regierungsentwurf noch in dieser Session durchzubringen. Wir schlagen Ihnen deshalb in unserem Gesetzentwurf die Annahme derjenigen Verbesserungen vor, über welche zwischen der Regierung und dem hohen Hause Einigkeit besteht. Es sind das die von uns herausgehobenen zehn Paragraphen. Unser Antrag ist nichts weiter als ein Auszug aus der Regierungsvorlage; er charakterisirt sich als ein Nothgesetz. Zur Beschleunigung empfehle ich, diesen Auszug gleich in zweiter Lesung zu erledigen. Sollte aber Kommissionsberatung gewünscht werden, so würde es sich empfehlen, die Kommission zu beauftragen, sofort in die Verhandlung einzutreten, damit das Gesetz noch in dieser Session zu Stande kommen kann.

Unterstaatssekretär von Woebke: Sowohl der Antrag von Blöy, wie der Antrag Blöke scheinen mir für die Regierung unannehmbar. Der Antrag Blöy ist wegen seiner finanziellen Seite, die Vertheilung der Lasten, unannehmbar. Herr Blöke hat das so eingehend nachgewiesen, daß ich nicht mehr darauf einzugehen brauche. (Heiterkeit.) Die Markten hatte ich nicht für entbehrlich. Die vierjährige Arbeitszeit muß auf irgend eine Weise nachgewiesen werden. Ich glaube, die Arbeitgeber würden bald erkennen, daß sie mit dem Marktenkleben am Besten fortkommen. Man überschätzt die Nachteile des Marktenklebens. Die Herren Blöke und Gen. wollen das, was sie für gut halten, vorweg nehmen und den Rest ad calendae graecas vertagen. Ein Nothgesetz ist das nicht. Ein Nothgesetz wird doch nur deshalb erlassen, um eine unmittelbar bevorstehende Aenderung der Gesetzgebung vorzubereiten. Diese Charakteristik trifft aber auf den Antrag Blöke nicht zu. Es geht doch nicht an, das, was ein Theil für wünschenswerth hält, zum Gesetz zu erheben, das aber was andere für wünschenswerth halten, fortzulassen. Die Vertheilung in der Belastung der einzelnen Versicherungsanstalten läßt sich nicht leugnen. Daß die ländlichen Bezirke ungünstiger gestellt sind wie die industriellen, leuchtet ein. Solche Ungleichheiten können nicht im Sinne des Gesetzgebers liegen. Ein Ausgleich muß in der Art erfolgen, wie die Regierung es vorschlägt. Weitere Einzelheiten behalte ich mir für die Kommissionsberatung vor, und ich hoffe, in dieser Kommission wird es gelingen, die Vorlage zu Stande zu bringen. G a m p (N.): Dem Vorschlag, einzelne Bestimmungen der Vorlage herauszugreifen und gesondert zu verabschieden, bringen meine Freunde keine Sympathien entgegen. Will man ein Nothgesetz erlassen, so müßte jedenfalls die Bestimmung über den Aus-

gleich der Kosten der einzelnen Versicherungsanstalten mit aufgenommen werden. (Sehr richtig rechts.) Der Versuch, eine Berechtigung der Versicherungsanstalten herbeizuführen, ist durchführbar, aber freilich muß er bald gemacht werden, sonst werden die Schwierigkeiten von Jahr zu Jahr größer. — Der Herr Abg. Köstke hat hat ausgeführt, die Schwierigkeiten, unter welchen die Anstalt Döbrensen zu leiden habe, lägen an der mangelhaften Erhebung. Das ist nicht richtig, denn die Belastung, mit welcher Döbrensen seitlich bei Eintritt der Versicherungsangelegenheiten zu rechnen hatte in Folge der großen Zahl von Altersrentnern und von Halbinvaliden, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, war zehnmal größer als die entsprechende von Berlin, es gab dort gleich 12000 Altersrentner gegen 1800 in Berlin, und dieses Verhältnis hat sich seither nicht geändert und wird sich auch weiterhin nicht ändern. Herr Köstke bekennt den Entwurf des Abg. Köstke sehr ungünstig, weil er nicht von der konservativen Partei, sondern von einzelnen Mitgliedern der Rechten eingebracht sei. Bei Herrn Köstke ist es ja viel schwieriger, zu unterscheiden zwischen seiner Einzelperson und seiner Partei. Diese beiden decken sich ja wohl im Wesentlichen. (Hellerkeit.) Der Entwurf des Herrn v. Wölz hat eine erhebliche sozialpolitische Bedeutung, weil er die Alters- und Invalidenfürsorge auf die gesammte Bevölkerung, nicht nur auf die Beiträge zahlenden Arbeiter ausdehnen will. Als man mit der Versicherungsangelegenheit anfing, stand man noch auf dem Standpunkt der Privatversicherung. Sie können den Standpunkt nicht bekräftigen, auch andere Kreise zu den Lasten der Versicherung heranzuziehen, als nur die Mitgliedschaften; dieser Grundgedanke ist schon jetzt in dem staatlichen Versicherungswesen und in der Altersfürsorge durchgeleitet. Der Gedanke, die Lasten der Versicherung auf leistungsfähigere Schichten zu legen, verdient nicht die Ablehnung, die Herr Köstke ihm zu Theil werden ließ, und der Herr Wölz hat sich leider Namens der Regierung angegeschlossen hat. Herr Köstke bekennt sich mit seiner Intention, weil er selbst viele Arbeiter beschäftigt und ihm der Antrag also zu Gute kommen würde; er ist doch aber nur Direktor zweier Aktiengesellschaften, zahlt doch also wohl diese Beiträge nicht aus seiner Tasche. (Hellerkeit.) Die Art, wie Herr Köstke dem Entwurf des Abgeordneten von Wölz entgegentritt, kann ich nur als leichtfertig bezeichnen (Munche links); es kann keine oberflächlichere Berechnung geben, als die, die er angestellt hat, hinsichtlich der Vortheile, welche den größeren Arbeitgebern aus den Vorschlägen des konservativen Entwurfs erwachsen würden. Herr Köstke spricht von der Nothwendigkeit einer Reichseinkommensteuer, weil die Zuschläge zur Staatsrentenversicherung nicht durchführbar seien; das läßt sich diskutieren, aber deshalb hat Herr Köstke kein Recht, sich auf's hohe Pferd zu setzen, wie er es gethan hat. Die jetzige Verteilung der Rentenlasten ist und bleibt ungerecht; die öffentlichen Versicherungsanstalten waren von vorne herein zu schwer belastet, namentlich durch die Altersrenten. Wenn das Reich einen Zuschuß leistet, darf er nicht den Gebieten zu Gute kommen, die ihn nicht brauchen, während andere beinahe bankrott sind. Man wird auf den Vorschlag zurückkommen können, allen Arbeitern eine gleichmäßige Rente zu bewilligen und für die Industriearbeiter einen Zuschuß festzusetzen. Der Vorschlag, die Gesammtheit der Versicherungsanstalten heranzuziehen, ist mir nicht allzu sympathisch; vielleicht lassen sich andere Wege finden; aber freilich ist schon auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes eine Zusammenlegung nicht leistungsfähiger Anstalten mit leistungsfähigen möglich. Öffentlich einigt sich die Kommission wenigstens über die wichtigsten Gedanken, die unserer zukünftigen Versicherungsangelegenheiten zu Grunde liegen sollen. (Bravo! rechts.)

Darauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung).
Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag hat Dienstag seine Arbeiten wieder aufgenommen. Der Besuch des hohen Hauses ließ wieder viel zu wünschen übrig, trotzdem gestaltete sich die Sitzung recht interessant. Schon bei der Beratung des Nachtragsetats, der 44 1/2 Mill. für neue Kanonen fordert, zeigte es sich, daß sich in den Ferien wieder genug Bündstoff angehäuft hat. **Bebel** verwarf die Forderung prinzipiell, deutete auf den kläglichen Mißerfolg der Orientpolitik hin und unterwarf das jüngst gefallene Wort von den „Vaterlandslosen“, die dem Reiche die Mittel zur Vertheidigung verweigern, einer scharfen Kritik. **Richter** schloß sich diesen Ausführungen an; die Nachforderung ist er freilich zu bewilligen geneigt. Aus der Rede des Abg. Dr. **Wachem** klang der Unmuth des Zentrums über die gegenwärtige Stimmung in den obren Regionen hervor. Der Nachtragsetat wurde hierauf der Budgetkommission zur Prüfung überwiesen. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Dinge kam die Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete und damit der Fall des Dr. **Peters** an die Reihe. **Bebel** der sich mit vollem Rechte als moralischer Urheber des Prozesses gegen diese Kolonialbestie bezeichnen konnte, beleuchtete noch einmal die Thaten dieses frivolen und zynischen Menschen und stellte die Frage, die auf vieler Lippen schwebt, an die Regierung: soll die Dienstentlassung die einzige Strafe für den feigen Mord sein, den der Träger „germanischer Kultur“ am Kilimandscharo begangen hat? **Koschmann** wird zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt, **Peters** aber schreitet umgeben vom Trosse seiner Bewunderer mit übermüthigem Lächeln und dreister Stirn aus dem Gerichtssaal. Auch Herrn **Rahler's** gedachte **Bebel**, des früheren Kolonialdirektors. Dieser Beamte hat zu einer Zeit, wo die Thaten **Peters** schon das Gespräch aller Afrikaner waren und eine Disziplinaruntersuchung geschwebt hatte, ihn noch für würdig gehalten, Landeshauptmann von Tanganyika zu werden. — Der freisinnige Abgeordnete **Lenzmann** stimmte **Bebel's** Urtheil über **Peters** vollkommen bei; er forderte die Regierung auf, den Mann festzunehmen, damit er nicht auch wie Herr **Leist** den Ozean zwischen sich und Deutschland bringt, wenn ihm der Boden hier zu heiß wird. Nun, Herr **Peters** kann zunächst noch ruhig schlafen. Geheimrath **Hellwig** und nach ihm auch Herr v. **Böttcher** erklärten, daß sich strafrechtlich nichts gegen **Peters** machen lasse. Vergehen und Verbrechen von Deutschen im Auslande sind nur dann straffällig, wenn sie an dem Orte, wo sie begangen sind, auch nach den Landesgesetzen strafbar sind. Landesgesetze aber giebt es am Kilimandscharo noch nicht. Diese Auslegung des § 4 des Strafgesetzbuches rief lebhaften Widerspruch bei den Abgeordneten **Bebel** (S.), **Lenzmann** (SbP.) und **Bachem** (C.)

hervor. **Bebel** verglich das Vergehen der Rechtskunst in diesem Falle mit den Interpretationskünsten der Juristen gegen unsere Partei. Mag **Münch** nun im Zuchthause enden oder nicht, gerichtet ist er auf jeden Fall. Selbst **Graf Arnim** versuchte ihn heute nicht zu vertheidigen. Zum Schlusse wurde die erste Lesung des Reliktengesetzes vorgenommen. **Stadthagen** kritisirte die Bevorzugung der Beamtenwaisen gegenüber den Kindern verunglückter Arbeiter und hatte einen Strauß mit Herrn v. **Stumm** auszufechten.

Verlegenheitswölze reißt das Organ der Bündler aus **Anlaf** der **Peters** Debatte im Reichstage. Das Blatt, welches jüngst so eifrig der Wiedereinführung der Folter das Wort redete, kann sich natürlich nicht bequemen, das Verbrechen des **Peters** beim rechten Namen zu nennen, sucht es vielmehr zu beschönigen, und fährt dann fort:

„Wenn übrigens Herr **Bebel** und Herr **Lenzmann** die bisherigen Mautere des Deutschthums in Afrika mit zum Theil berechtigtem, zum Theil übertriebenem Eifer als ungeeignet und als eine Schande für das Deutsche Reich hinstellen, so hoffen wir, daß beide sich entschließen werden, ihre durchaus einwandfreien Persönlichkeit in den Dienst deutscher Kolonisation zu stellen. Das Deutsche Reich würde zwar vielleicht ungern auf die inländische Thätigkeit der Herren verzichten, aber es würde sich auch so zu helfen wissen, und beide würden vielleicht nicht einmal in der eigenen Partei eine sichtbare Lücke lassen. Dann würden sie aus eigener Erfahrung lernen, wie angenehm der Umgang mit den Negerstämmen ist, und sie würden den besten Beweis liefern können, daß sozialdemokratische und freisinnige Verehrtheit viel bessere Erfolge erzielt als die getabellte Strenge der Vorgänger. Wir möchten den gut gemeinten Vorschlag zu geneigter Erwägung anheimgeben.“ —

Glauben die Herren vielleicht, mit solchen schuodderigen Redensarten den tiefen Eindruck verwischen zu können, den der Fall **Peters** im ganzen Volke gemacht hat? Sie rechnen offenbar damit, daß ihre Stillübungen nur in den Kreisen gelesen zu werden pflegen, die von **Peters** sagen dürfen: Fleisch von meinem Fleisch und Wein von meinem Wein!

Pastor Köstke, der durch die Kirchenbehörde von Sargeshausen nach Sierakowiz in der Kassubei strafversetzt werden soll, spricht sich in einem offenen Briefe an die „Volks-Ztg.“ über die ihm widerfahrne Maßregelung aus. Mit Recht führt er an, daß wenn ein Geistlicher für eine Gemeinde untauglich geworden sein soll, er doch nicht für eine andere Gemeinde taugen könne, daß mithin eine solche Strafversetzung überhaupt ein Unbild sei und den Traditionen der evangelischen Kirche durchaus widerspreche. Er weist ferner darauf hin, daß der Ort, wohin er als Geistlicher gehen solle, völlig ungeeignet sei, da er die Sprache der Mehrheit der Bevölkerung nicht sprechen könne, sodas die gegen ihn gerichtete Maßregelung vor allem auch für die Gemeinde selbst unzumuthbar sei. Er habe die Behörde um Zuweisung eines geeigneteren Ortes für seine Thätigkeit ersucht, aber bis her vergeblich. Nicht bemerkenswerth sind die folgenden allgemeinen Ausführungen des Gemäßigten:

„Es scheint, als wenn frei und sozial denkende Geistliche in Preußen ihre Gesinnung nur noch bei Nacht äußern dürften, wie denn leider der Rückzug der Geistlichen und anderer Beamten aus der sozialen Bewegung sehr nachhaltig ist.“

Die Droffrage spielt eben heutzutage eine mächtigere Rolle als zu einer Zeit, wo der Stifter unserer Religion sprechen konnte: „Sorget nicht für euer Leben, was ihr essen und trinken werdet.“

Ja, ja, das Predigen des Christenthums ist eine schöne Sache, so lange es Amt und Würde einbringt. Fordert es Muth und Thakraft, so kommt der „nachhaltige Rückzug“.

Tat-Twam. Ahermals ist eine Verurtheilung bürgerlicher Schriftsteller wegen Majestätsbeleidigung erfolgt. „Ein undiplomatischer Neujahrsempfang“ betitelte sich ein mit „Tat-Twam“ unterzeichneter Artikel in Nr. 118 der Wochenschrift „Die Kritik“, welcher s. Zt. ein großes Zeugnißzwangsverfahren veranlaßte. Nach Ansicht der Anklagebehörde enthielt der Artikel Majestätsbeleidigungen, und so hatten sich gestern der Herausgeber der „Kritik“, Dr. **Richard Wrede**, und der Verfasser des Artikels, Privatgelehrter **Kurt Eysner** aus Marburg, vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin zu verantworten. Der Gerichtshof war, wie der Vorsitzende nach langer Verhandlung verkündete, keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß alles, was die in dem Artikel geschilderte Idealfigur eines Herrschers sagt, einen Maßstab für die Thätigkeit des deutschen Kaisers abgeben sollte. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Artikel den Zweck hatte, den deutschen Kaiser zu verhöhnen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. In einem zweiten Artikel hat der Angeklagte **Eysner** über das „meineidige Verdecken und Verschweigen der Gedanken“ geklagt, welches so häufig an die Stelle der freien Aussprache der Wahrheit trete. Der Gerichtshof war der Meinung, daß dies auch bei dem unter Anklage gestellten Artikel der Fall sei und bei der Strafzumessung berücksichtigt werden müsse. Es erkannte deshalb gegen Dr. **Wrede** auf sechs Monate Gefängnis, gegen **Eysner** auf neun Monate Gefängnis, und zugleich auf Unbrauchbarmachung der vorfindlichen Exemplare.

Reichseinnahmen. In der Zeit vom 1. April 1896 bis zum Schlusse des Monats März 1897 sind im Deutschen Reiche folgende Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sowie andere Einnahmen zur Reichskasse gelangt (in Klammern geben wir das Verhältnis zum Etatsansatz):
Zölle 432 672 789 M. (+ 50 419 775 M.), Tabaksteuer 11 850 284 M. (+ 857 254 M.), Zuckersteuer und Zuschlag zu derselben 93 322 085 M. (+ 12 634 281 M.), Salzsteuer 46 731 896 M. (+ 1 340 595 M.),

Malischbottich- und Branntwein-Materialsteuer 14 191 4 M. — 2 533 042 M.), Verbrauchsteuer von Branntwein und Buschlag zu derselben 162 428 466 M. (+ 6 638 667 M.), Brennsteuer 921 864 M. — 71 390 M.), Brausteuer und Uebergangssteuer von Bier 27 930 538 M. (+ 1 049 001 M.), Summe 730 049 362 M. (+ 70 335 141 M. — Spielkarte Stempel 1 421 565 M. (+ 90 984 M.).

Der Stand der Reichsfinanzen hat sich somit de Vorjahre gegenüber verbessert, wenn auch nicht mehr in dem günstigen Verhältnis, wie das Jahr 1895/96 zu dem diesem vorangegangenen Etatsjahre stand. Der Gesamtüberschuß beträgt 106 Millionen Mark, von denen 50 Millionen zur Reichsschuldentilgung reservirt werden, 9 Millionen zur Verminderung des Anleihebedarfs bestimmt sind, 15 Millionen den Einzelstaaten zu gute kommen.

Griechenland.

Auf dem Kriegsschauplatz ist die Situation nach der letzten für die Türken erfolgreichen Kämpfen für die Griechen eine sehr bedenkliche geworden. Die Verluste der Griechen sollen sehr groß sein. Die Mehrzahl der in der Front kämpfenden Offiziere wurde getödtet oder verwundet. Große Vorräthe, sowie die Verwundeten in Larissa mußten den Türken überlassen werden. Die Flucht von dort begann Freitag, Nacht. Man befürchtet, daß die Türken **Pharasa** bei Seite lassen und dafür **Volo** nehmen werden, wo Proviant und Munition aufgehäuft sind. Die Brücke über den **Peneios** und ein Theil der Eisenbahn nach **Volo** sind von den Griechen zerstört worden. In **Volo** herrscht die größte Panik. Von dem Generalkommando in **Volo** wird gemeldet, daß die Türken sich **Velesino** an der Bahn **Larissa—Volo** nähern. Eine Meldung der „Agence Havas“ aus Athen vom 26. April, Abends, besagt: Die Türken haben ihre Vorposten in der Umgegend von **Larissa** aufgestellt und errichten provisorische Befestigungen. Die thessalische Stadt **Trikkala** ist geräumt. Die türkische Vorhut ist 4 Km. diesseits **Larissa** gesehen worden. Der Kommandant des Panzergeschwaders, **Sachturis**, ist zur Disposition gestellt und durch den Admiral **Stamatellos** ersetzt worden. Nach einer Nachricht aus **Paris** wird alsbald ein Kampf vor **Tanina** erwartet, dessen Ergebnis über das Verbleiben der Griechen in **Epirus** entscheiden soll. — Wie weit die gemeldete Meuterei verschiedener albanesischer Bataillone auf den Gang der Dinge in **Epirus** von Einfluß sein wird, läßt sich vorläufig noch nicht abschätzen.

In Athen haben die ungünstigen Nachrichten vom Kriegsschauplatz natürlich gewaltige Bestürzung und Erregung hervorgerufen. Und dem Londoner „Daily Telegraph“ zufolge ist der Sturz der Regierung oder Ernsteres zu erwarten. Ein großer Theil der Bevölkerung ist bewaffnet. Später eingelaufene Depeschen schildern die Lage der griechischen Königsfamilie als äußerst kritisch. Der „Standard“ meldet aus Athen: Die Lage der königlichen Familie ist unlegbar kritisch. Von zuverlässiger Seite wird berichtet, daß Vorkehrungen getroffen werden, damit die königliche Familie im Falle der Noth in aller Eile das Land verlassen könne. Die Einwohner schieben dem Kronprinzen die Schuld an den Niederlagen Griechenlands zu. Der panische Rückzug der griechischen Armee über **Larissa** hinaus bis nach **Pharasa** ist das Werk des jungen Mannes, der sich an die Spitze einer Kolonne setzte und Fersengeld gab. Es wird berichtet, daß er nach Athen zurückgerufen worden sei; andererseits wird jedoch gemeldet, er bleibe pro forma in Thessalien, doch wird er auf die Entschlüsse des Generalstabs keinen Einfluß mehr haben. Zum Generalstabschef wurde Oberst **Smolenski** ernannt. Die Abberufung des Generalstabschefs wurde im Ministerrath beschlossen, nachdem sich der König bereit erklärt hatte, sich jedem Vorschlage des Ministeriums zu fügen. Die Regierung sah sich zu dieser Maßregel gezwungen, da die Erbitterung wegen der unerhörten Unfähigkeit der Heeresleitung bereits bedenkliche Dimensionen angenommen hatte. Die Erbitterung richtet sich hauptsächlich gegen den König, weil der Kronprinz seine Befehle direkt aus dem Palais erhalten hat. Vor Wochen schon wurde die Möglichkeit erörtert, daß die Königsfamilie über die Grenze geschickt werden würde. Diese Möglichkeit scheint nun einzutreten.

Zahlreiche Pariser Blätter halten die Lage Königs **Georg** von Griechenland für schwer bedroht. Dergleichen die pessimistischen Gerüchte über den Ausbruch einer Revolution und über die Proklamation einer Republik in aller Form demontirt seien, scheine doch eine bedenkliche Volksbewegung, wie sie König **Georg** schon gelegentlich seiner letzten europäischen Reise befürchtete, seit den Niederlagen der thessalischen Armee nahezu unvermeidlich. Der „Matin“ glaubt, der König sei gegenwärtig der Spielball in den Händen der Nationalalliga, mit welcher die Mächte zu rechnen hätten, sobald es sich um Regelung der Friedensbedingungen handle. —

Die Befahrenheit im absoluten Regiment in der Türkei spiegelt sich deutlich in folgendem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus Konstantinopel, 25. April: Zum vierten Male im Laufe einer Woche verkünden die Blätter die Einnahme von **Eyrnabo** durch türkische Truppen. Das Publikum verhält sich diesen Publikationen gegenüber skeptisch, dagegen faßte heute der Kriegsrath unter dem persönlichen Einflusse des Sultans den Beschluß, den Vormarsch nach **Larissa** aufzugeben. Dieser staunenerregende Plan scheint den besonderen Kennern der Persönlichkeit des Sultans weniger überraschend zu sein. Unter den

Legieren, die sich hauptsächlich aus erfahrenen Drago- manen rekrutieren, wurde schon vor einigen Tagen auf das Bedenkliche gewisser, der Unruhe des Sultans entspringender Beschlüsse aufmerksam gemacht, welche in dem Kriegsplan eine plötzliche Wendung bringen könnten, falls die griechische Flotte sich Saloniki und den Dardanellen nähert und die Küstenplätze, wie es theilweise schon geschehen, bombardiert.

Inzwischen ist ja Larissa genommen. Daß aber zur Zeit, als es bereits geschehen war, noch der gegenseitige Beschluß fern vom Schuß gefaßt werden konnte, zeigt die Unsinnigkeit des ganzen von der Türkentregierung beliebten Systems der Kriegsführung.

Zur Blockade auf Kreta meldet der „Reichsanzeiger“:

„Um den von Süden kommenden neutralen Schiffen das Passiren von Kreta zu erleichtern, haben die vor Kreta kommandirenden Offiziere der Großmächte folgende Aenderungen der Blockadegrenzen beschlossen: Die Nordgrenze des Blockadegebietes wird durch eine gebogene Linie gebildet, ausgehend von 26 Grad 30 Min. Ost und 35 Grad 25 Minuten Nord über 25 Grad 20 Minuten Ost und 35 Grad 40 Minuten Nord, welche sich auf der Länge von Kap Spada mit der bisherigen Grenze, dem Breitengrad vor 35 Grad 48 Min. Nord, vereinigt. Die Ost-, West- und Südgrenzen des Blockadegebietes bleiben dieselben wie bisher.“

Lübeck und Nachbargebiete.

29. April

An unsere geehrten Inserenten! Am Sonnabend, den 1. Mai, bleiben unsere Geschäftsräume wegen der Maifeier geschlossen. Da infolgedessen die Sonntags-Nummer unseres Blattes ausfällt, werden die geehrten Inserenten ersucht, die für diese Nummer bestimmten Inserate bis Freitag Morgen 9 Uhr für die in verstärktem Umfange erscheinende Sonnabendnummer aufgeben zu wollen, damit wir allen Wünschen gerecht werden können!

Zugung ist fernzuhalten von Tischlern nach Kiel. Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelwerkstätten von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, Ad. Pech, E. M. Th. Bahrdt, J. B. S. Pamperl u. F. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. J. Wangert ist der Zugung streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Wiltens zum Zirkus Leo u. Victor zu bedeutend ermäßigten Preisen sind an folgenden Stellen zu haben: Vereinshaus, Johannisstraße 59, C. Wittfoot, Hügelstraße 18, A. Weitendorf, Mittelstraße 9a und G. Meyer, Klappenstraße 24a.

Partei für Dr. Peters nimmt — das Amtsblatt. In einem langathmigen Leitartikel stellt das Organ für „Ordnung, Sitte und Religion“ sich in den Reigen der wenigen Blätter, die so sehr das Gefühl für Recht und Unrecht verloren haben, daß sie es nicht verschmähen, einen Mord zu beschönigen. Sein Endurtheil lautet:

„Stellt man sich auf den Standpunkt, daß europäische Moral und europäische Rechtsbegriffe auch im Inneren von Afrika, wo eine Hand voll von Weißen ungezählten Negern entgegensteht, allein maßgebend sind, dann muß man die Auffassung des Verhältnisses verstehen, dann muß man aber nicht Männer wie Peters, sondern Herrn Lieber und Herrn Lenzmann oder Herrn Weber nach Afrika entsenden, damit sie den Wilden Tugend und Moral predigen. Im anderen Falle aber wird man die Frage stellen: War das ganze Verfahren notwendig? War es nützlich? Und man wird ebenso, wie es der Reichskanzler durch Jahre gethan, ehe Weber mit seinen Lügen aufsuchte, die Frage verneinen. Die Wirkungen des Prozesses Peters reichen weiter als bis zu der einzelnen Persönlichkeit, sie äußern sich in der sinkenden

Achtung, die das Ausland vor uns empfindet, (Nimm! D. N. b. S.), sie geben den Vorkriegern an unserem nationalen Geiste Stoff zu häßlichem Tadel, sie ermutigen den Satiriker zu neuen Versen über den deutschen Michel und seine Schenkklappen. Lothaire hat den Engländer Stokes gefaßt, sein Vaterland hat ihn gefeiert, Cecil Rhodes hat den Frieden gebrochen und Jamelon hat sich gegen die Büren gewandt: auch ihnen ertönte nur Lob. Wir aber verlagen dem Gründer unseres Kolonialreiches selbst die milderen Umstände, die man sogar Wehsan bewilligt hat, denn: „Seine Verdienste fallen in eine Zeit, in der er noch nicht Beamter war!“

Unsere Leser werden sich nach dem gestrigen Reichstagsbericht und dem ausführlichen Referat über den Prozeß, welches in der morgigen Nummer zum Abschluß gelangt, ein Urtheil bilden können. Wir werden im Anschluß daran in der nächsten Nummer einige Stimmen der ausländischen Presse abdrucken, welche noch deutlicher dorthin werden, auf welche moralisch begründeten, noch dazu recht isolirten Standpunkt sich die sonst so feinsinnigen Schriftgelehrten vom Adreßhaus stellen.

Soldatenselfmord. Wir berichteten kürzlich von einigen in Knechtburg vorkommenden, Aufsehen erregenden Soldatenselfmorden. Leider befindet sich unter den Unglücklichen, welche ihrem Dasein freiwillig ein Ende mochten, ein Lübecker Kind, der frühere Gärtner Heinrich Luth. Derselbe stand bei der 5. Komp. des 85. Regiments. Er war der Sohn einer armen Wittwe, deren Stütze er dormalerweise werden sollte. Noch Eifers war er hier auf Urlaub und war froh und lustig. Jetzt hat er sich erschossen. Auf dem Schießstand hat er, während seine Kameraden die Gewehre in Ordnung brachten, sich eine Kugel durch den Mund in den Kopf gejagt, welche den ganzen Schädel zertrümmerte und das Gesicht bis zur Unkenntlichkeit entstellte. Was den jungen Mann, der allseits als ein äußerst braver, prächtiger Mensch geschildert wird, und dem nach der Aussage der bedauernswürthen Mutter auch der Hauptmann das Zeugniß eines sehr tüchtigen Soldaten ausgestellt hat, zu der unglücklichen That getrieben hat, entzieht sich bis jetzt der Kenntniß der Angehörigen. Hoffentlich bringt die eingeleitete Untersuchung Licht in die Angelegenheit. Mutter und Braut des Todten können der allgemeinen Theilnahme der Bevölkerung an ihrem schweren Leide versichert sein.

Gestohlen wurden einem Kellnerlehrling am Dienstag Vormittag aus einem Kleiderschrank 15 Mark.

Am 7. Biehungsstage der 7. Klasse der 311 Hamburger Stadt-Lotharien wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

100000 Mk. auf Nr. 16455 77601; 6000 Mk. auf Nr. 15766 92201; 3000 Mk. auf Nr. 21755 22129 25601 76365 83118 96003 109188; 2000 Mk. auf Nr. 4781 53809 65217 96883 98118; 1000 Mk. auf Nr. 3081 5309 6428 8430 8915 11218 12229 12487 11715 18129 22182 23854 26578 27179 29143 33375 33491 34751 36992 37909 39348 43135 53397 56035 62017 62419 63691 63713 66100 74277 74918 76442 86807 87891 90119 92755 93127 95142 96129 97499 98520 101524 108186 108736 110521; 100 Mk. auf Nr. 271 511 1036 5097 9611 10120 11967 12113 13929 15820 15830 18729 21268 21117 22774 22829 22920 23188 25118 25375 26493 26618 27792 28199 29815 29877 34251 34814 35167 35720 38017 38388 41469 43899 47306 49031 50119 50206 52174 52307 53681 57206 60113 62169 61269 62342 68501 68762 69226 70398 73275 73282 75995 78485 81758 81953 83967 84365 84717 84853 85008 86698 87305 88428 89117 89212 89662 90151 90625 91474 91803 91847 92792 93240 93675 94850 95462 97859 98105 98081 98275 101535 101305 102075 104966 105118 105579 106801 107617 107795.

Moskau. An die falsche Adresse gerathen! Am „Moskauer Anzeiger“ befand sich am Sonntag ein Inserat folgenden Inhalts: „Einige tüchtige erfahrene Möbelmeister und Drechsler gesucht. Zu erfragen in Moskau im Hotel „Stadt Hamburg“, Montag, den 26. April, Abends von 6—8 Uhr.“ — Etwa ein Duzend organisirter Holzarbeiter, die sofort vermuteten, es handle sich um Anwerben von Streikbrechern nach Lübeck, verabredeten sich und gingen nach einander Abends nach „Stadt Hamburg“. Sie trafen hier zwei Herren an, die ihnen in der That erklärten, sie

suchten für Lübeck Arbeiter; die Herren machten die schönsten Versprechungen: der niedrigste Lohnsatz in den Lübecker Möbelwerkstätten betrage 21 Mk., im Durchschnitt verdiene man dort 24—27 Mk. die Woche, manche Arbeiter kämen sogar auf 30 Mk. und noch mehr! Die Arbeiter, die immer nur einzeln von den Lübecker Herren empfangen wurden, empfahlen sich schließlich mit dem Rath, die Lübecker Fabrikanten sollten sich nur mit ihren dortigen Arbeitern einigen, denn hier aus Moskau würden wohl keine Streikbrecher zu holen sein. Zu einem der Arbeiter äußerte der eine der Lübecker Herren: die Hauptdifferenz zwischen ihnen und den Lübecker Arbeitern bestehe in deren Forderung, die 10stündige Arbeitszeit in eine 9 1/2 stündige zu verwandeln; hierauf wollten sich die Möbelwerkstätten deshalb nicht einlassen, weil auf der Henry Rosch'schen Schiffswerft, die über 50 Tischler beschäftige, die 10stündige Arbeitszeit bestände! Im Uebrigen wird den Lübecker Fabrikanten die Lust wohl vergangen sein, hier „Arbeitswillige“ anzuwerben; denn es dürfte ihnen nicht verkehrt geblieben sein, daß sie bei den Verhandlungen am Montag Abend in „Stadt Hamburg“ die Gefoppten waren!

Moskau. Neue Zahlstelle. Am Sonntag hat sich hier eine Zahlstelle des Verbandes der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen gebildet!

Briefkasten.

11. nicht 11. — Distrikt heute Donnerstag Abend Versammlung.

Quittung

Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen: Vom Hafen 1,30 Mk. Von R. 2. „ Weitere Gelder nimmt gern entgegen Die Expedition, Johannisstraße 60.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 27. April. Der Schweinehandel verlief sehr flau. Marktzeit wurden 1080 Stk. davon vom Norden — 618, vom Süden — 462. Preise: Verkaufsschweine schwere 44—46 Mk., leichte 45—47 Mk., Säugen 34—39 Mk., nach Ferkel 43—46 Mk. dr. 100 Pfd.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:	
Nachmittags.	Mittwoch, 28. April.
1,30 D. Thor, Madras, von Raskow, 8 St.	
2,30 D. Ida Karolina, Anderson, von Gotthland, 3 T.	
Donnerstag, 29. April.	
Nachmittags.	
4,20 D. Palmstab, Lumbin, von Kopenhagen, 12 St.	
7,20 D. Stralsund, Reher, von Wismar, 3 St.	
Abgegangen:	
Mittwoch, den 28. April.	
1.— D. Livadia, Vendsfeldt, nach Aarhus.	
2,20 D. Stella, Lindberg, nach Lysekil.	
3,50 D. Adler, Fischer, nach Wismar.	
5,50 D. Christine Dittmar, nach Heiligenhafen.	
7,05 D. Rajaden, Gulten, nach Kopenhagen.	
7,30 Anna Margaretha, Schumburg, nach Heiligenhafen.	
Donnerstag, 29. April.	
Vormittags.	
7,20 D. Kondor, Dissen, nach Flensburg.	
Wind und Wetterstand in Travemünde 8 Uhr B: GSD, sehr schwach. — 6,32 m.	
Schiffsbewegung in der Ostsee.	
D. Lübe, Kranke, ist von Memel auf hier abgegangen.	
D. Olga passirte gestern Vormittag Holtentau auf dem Wege von Brunsbüttel nach Carlshamn.	

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Geburts-Anzeige. Durch die Geburt einer gesunden Tochter wurden hoch erfreut J. Winkelmann und Frau, geb. Fid.

Gesucht eine helle Bude oder Stube mit Schlafkammer zu Tischlerwerkstätte für 1 Mann Näheres Glockengießerstr. 60.

Gesucht Mädchen, u. Bodeort, gut. Hamb. Mädchen, d. meisten l. o. Lust hat, es zu lernen, 80 Thlr., Voll-, Halbnecht, Junge v. 14—18 J., Mädchen, b. 2 Seiten, Köche, Küchenmädchen, Wirthschafterin, 120 Thlr., perf. Köch., 400 Mk., Stinben-, Küchenmädchen, f. Knecht b. h. v. Hügelstr. 82.

Gesucht sofort ein junger Knecht zu Land- und Gartenarbeit. Näheres Steinwaderweg 11a, Holstenthor.

Ein älteres erfahrenes Mädchen für Küche und Hausarbeit zum 1. Mai gesucht Hügelstraße 94.

Zu verkaufen zwei junge Ziegen - Schönkampstraße 17 a.

Billig zu verkaufen ein sehr gut erhaltener Kinderwagen, e. Federboden, eine Kinderbettstelle. Hügelstr. 71, p.

Leitern in allen Größen, sowie Tritte und Maler-Leitern, Mülden, Garten, Karren, Garten- und Kinderstühle, stehen Freitag und Sonnabend auf dem Markt am Postgebäude zum Verkauf. Otto Dämmrich.

Eimerbier jeden Dienstag und Freitag. Ford. Weiermiller Schwartauer Allee.

Jeden Freitag gutes Eimerbier Herm. Uter, Fischergarbe 58.

Zum 1. Mai ff. Thee- u. Kaffeebrod ff. gefüllte Kranzbrötchen ff. hannoversch. Sträußelbrötchen ff. Sand-, Ruz- u. Schichtorten alles im Auschnitt empfiehlt in bekannte Güte die Bäckerei u. Conditorei von Paul Burmester 49 Langer Lohberg 49.

Das Special-Möbel-Geschäft von F. A. Hartmann, 1 Marlesgrube 1 bringt sein Lager in einzelnen Möbeln, sowie einfachen Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen bei billigsten Preisen in empfehlende Erinnerung.

Die Schweineschlachtereie von W. Strohhfeldt 73 Glockengießerstraße 73 empfiehlt: Frische Hähnen, Pfd. 50 Pf. Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pf. Carbonade . . . Pfd. 60 Pf. Quenfleisch . . . Pfd. 50 Pf. Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf. Braten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pf. Kopf und Bein . . . Pfd. 20 Pf. Geräucherter Speck Pfd. 60 Pf. Gekochte Mettwurst Pfd. 60 Pf. Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pf.

Pa. Bratenschmalz Pfd. 30 Pf. empfiehlt J. C. W. Blöss, J. F. D. Götke Nilg., Kupferfahndestr. 7.

Braten-Schmalz Pfd. 30 Pf. Kopf und Bein Pfd. 20 Pf. empfiehlt G. Schröder obere Hügelstraße 6.

30% billiger 30% als bei jedem Verkäufer. Allergrößte Auswahl in Neuheiten von Sonn- und Regenschirmen. Sonnenschirme von 50 Pf. an, Regenschirme von 80 Pf. an bis zu den feinsten Qualitäten. Verlässlicher Schirmfabrikant H. Stoppelmann, Hügelstraße 32.

Visit-Karten auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an liefert prompt und sauber Die Druckerei des Lüb. Volksboten, Johannisstraße 50.

1897 Mai-Feier 1897

Sonnabend den 1. Mai, Nachmittags von 3 Uhr ab: Aufstellung der Vereine und Gewerkschaften mit deren Fahnen etc. auf dem Burgfelde. Präcise 4 Uhr: Abmarsch nach den Lokalen: Colosseum, Concordiagarten u. Stehr's Etablissement unter Begleitung von 3 Musikkapellen.

In obigen Lokalen findet alsdann bis Abends 10 Uhr Concert u. s. w. statt.

Die Aufstellung der zum Festzuge angemeldeten Vereine und Gewerkschaften ist nach vorgenommener Ausloosung wie folgt: An der Spitze des Zuges Sozialdemokratischer Verein, alsdann 1. Quartett-Verein Luba; 2. Holzarbeiter; 3. Schneider; 4. Fabrik-Land- und Hilfsarbeiter; 5. Maurer; 6. Schuhmacher; 7. Verein Eintracht; 8. Banarbeiter; 9. Schmiede; 10. Maler; 11. Zimmerer; 12. Töpfer; 13. Radfahrer; 14. Schiffszimmerer; 15. Former; 16. Arbeiter-Verein Moising; 17. Wöttcher u. Brauer; 18. Bäcker; 19. Metallarbeiter; 20. Dachdecker; 21. Hafenarbeiter; 22. Buchdrucker. Alle noch nicht angemeldeten Vereine haben sich der letztgenannten Gewerkschaft anzuschließen. Festkarten à 20 Pfg. sind an den bekannten Stellen zu haben.

Das Comité.

Die Karten sind sichtbar zu tragen.

Morgens 8 Uhr findet in den „Central-Hallen“ eine öffentliche Versammlung statt. Referent: Genosse Timm aus Berlin.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Vom 1. Mai d. J. ab ist neben Herrn Dr. med. Uter Herr Dr. med. Hennings Högstr. 49, 1., als Spezialarzt für Frauenkrankheiten bei der Kasse angestellt worden.

Der Vorstand.

Freihändiger Verkauf eines großen Waaren-Lagers

zu Auktionspreisen wegen Aufgabe des Geschäfts
am Freitag den 30. April von Morgens 11 bis Abends 10 Uhr in der Hundestraße 41.

Herren-, Knaben- und Kinder-Confection in allen Größen, Confirmanden-Anzüge, Herren-Buckskin-Anzüge, Herren-Sommer-Anzüge, Herren-Kamungarn-Anzüge, Winter- u. Sommer-Paletots, Herren-Jackets, Hosen und Westen, einzelne Arbeiter-Garderoben, Engl.-Leber-, Zwirn- und Wuff-Stoffe, Jünglings-, Knaben-, Kinder-Anzüge in Buckskin, Baumwolle und Waschstoffen.

Einen großen Posten Filzhüte und Mützen.

NB. Wache besonders Händler und Wiederverkäufer aufmerksam.

J. C. B. Schmehl
Auctionator und Taxator.

Achtung Zimmerer!

Laut Versammlungsbeschluss hat ein jedes Mitglied der Zahlstelle Lübeck des Verbandes der Zimmerleute Deutschlands die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen und am Morgen des 1. Mai sich in der in den Central-Hallen stattfindenden öffentlichen Volksversammlung zwecks Kontrolle in der Mitgliederliste beim Lokalfassirer daselbst einzzeichnen zu lassen.

NB. Der Abmarsch nach dem Burgfelde beginnt präcise 3 1/2 Uhr vom Vereinslokal Hundestraße 101. Um recht zahlreiche Theiligung ersucht **der Vorstand.**

Carl Herm. Mich. Stave

Weiter Krambuden 4, Lübeck.
Specialität:

Arbeiter-Garderoben.

Erstes und ältestes Geschäft dieser Art.

Gegründet 1821.
Solide Waare. — Starke Arbeit. — Billige und feste Preise.

Schulbücher

und sämtliche Schulutensilien für alle Schulen zu äusserst billigen Preisen sowie Schreibhefte aus feinstem holzfreiem Papier empfiehlt
J. J. Lindrob, Langer Lohberg 39.

Borzügliche 5 und 6 Pfg.-Cigarren, Cigaretten, Shag- u. Rauchtabak, hiesigen u. Nordhäuser Rölltabak, lange, kurze und Shag-Pfeifen, Cigarrenspitzen, Cigarrentaschen und Portemonnaies, Spazierstöcke in großer Auswahl empfiehlt
obere Högstraße 18 **C. Wittfoot** obere Högstraße 18.

Socialdemokratischer Verein

Versammlung der Mitglieder zur Maifeier

Nachmittags 3 Uhr auf dem Burgfelde.

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Achtung Metallarbeiter!

Sonnabend Nachmittag 2 1/2 Uhr bei F. Leeke.

Abmarsch präcise 3 Uhr nach dem Burgfelde.

Die Ortsverwaltung.

Achtung Schneider!

Sonnabend den 1. Mai, Nachmittags 2 1/4 Uhr, im Vereinshaus: Versammlung zum Abmarsch nach dem Burgfelde. Abmarsch präcise 3 1/4 Uhr.

Verein Deutscher Schuhmacher.

Versammlung zur Maifeier am Sonnabend den 1. Mai, Nachmittags 2 Uhr, im Vereinshaus. Abmarsch nach dem Burgfelde präcise 3 Uhr.

Der Vorstand.

Achtung Maler

Die Kontrolle der am 1. Mai feiernden Kollegen findet Morgens 7 1/2 Uhr in der Herberge, Leberstraße 3, statt.

Die Filialverwaltung.

Achtung Schmiede!

Abmarsch nach dem Burgfelde zur Maifeier von Spahreramt, Hundestraße 101, präcise 3 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Hafenarbeiter!

(Schauerleute, Kohlenarbeiter, Flusschiffer.)

Laut Beschluss der letzten gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung sind die Mitglieder verpflichtet, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Versammlung zum Ausflug um 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Der Generalbevollmächtigte.

Sängerverein „Eintracht“.

Versammlung zum Abmarsch am 1. Mai um 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Zur Erinnerung!
Sanitäts-Verband der freien Hilfskassen Lübeck.

General-Versammlung

am Freitag den 30. April 1897

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tagess-Ordnung.

1. Vorlegung der Abrechnung vom 1. Quartal dieses Jahres.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Vereinshaus.

Zur Einweihung des Gartens!
Am Sonnabend den 1. Mai 1897,

nach der Versammlung

Morgens von 9 1/2—12 Uhr:

Großes

CONCERT

ausgeführt von der ganzen Capelle des

Musiker-Vereins.

Entree frei.

Hierzu ladet freundlichst ein

A. Stolle.

Stadt Stockholm

87 Eugelsgrube 87

Damen-Kapelle.

COLOSSEUM

Sonntag:

Große freie Tanzmusik.

Anfang 4 Uhr.

W. Dassler.

Nur noch kurze Zeit.

CIRCUS

Leo & Victor

Lübeck.

Lübeck.

Kenterfrug.

Freitag den 30. April

Abends 8 Uhr

Erste grosse High-life-Sport-Vorstellung. Sensations-Programm. Diese High-life-Vorstellungen bilden eine Spezialität des Circus Leo u. Victor und ist der Circus bei Veranstaltung derselben der Versammlungsort der besten Gesellschaftskreise. **Sonabend: Parforce-Vorstellung. Montag zwei Vorstellungen, um 4 und 8 Uhr.**

Prozess Dr. Peters.

(Fortsetzung.)

Die Weisaufnahme.

Es wird zunächst ein Brief des Bischofs Tucker an den deutschen Konsul in Sansibar verlesen, in welchem dieser berichtet, daß er den Lieutenant v. Willow darnach gefragt habe, ob die Gerüchte wahr seien, welche da behaupten, daß Dr. Peters einen Mann wegen Ehebruchs habe aufhängen lassen. Lieutenant v. Willow habe ihm dabei angeben, er glaube wohl, daß sich die Sache so abgespielt habe.

Ferner wird ein Brief des Missionars Smythys an Dr. Peters verlesen, in welchem er diesen direkt um Aufklärung über die Gerüchte bittet, die über ihn in Umlauf seien. — Dr. Peters hat darauf sofort erwidert, daß in der von dem Missionar in seinem Briefe gegebenen Darstellung viele Verhärter und Fehler vorgekommen seien und daß er niemals einen Mann wegen Ehebruchs habe aufhängen lassen. — Auf einen zweiten Brief des Smythys hatte Dr. Peters dem englischen Major Kenist einen Antwortbrief übergeben, der aber nicht bestellt worden ist. Auf das Ersuchen des Dr. Peters hat Kenist den Brief jetzt dem Auswärtigen Amte zu Verfügung gestellt. Der Brief lautet:

„Magila, 3. April 1892. Mein Herr! Ich bestätige den Empfang Ihres heutigen Briefes. Obwohl ich es der kaiserlich deutschen Regierung überlassen sollte, meine Handlungsweise als kaiserlicher Beamter zu rechtfertigen, so halte ich es doch für angemessen, Ihnen privatim möglichst bald Aufklärung eines Mißverständnisses zu geben, dessen Weiterverbreitung sowohl meinem eigenen guten Ruf als demjenigen der Verbreiter jenes Mißverständnisses Eintrag thun könnte. Es haben am Kilimandscharo zwei Hinrichtungen stattgefunden, eine im Oktober v. J., die andere im Januar l. J., beide selbstverständlich nach vorhergegangener ordnungsgemäßer Untersuchung und öffentlicher Urtheilsverkündung. Bezüglich des ersten Falles wahrte die Untersuchung von Ende August bis Ende Oktober. Der Schuldige war ein Wangamabusche, welcher einen nächtlichen Diebstahl unter erschwerenden Umständen begangen, sowie mehrfache erhebliche Betrügereien und Schwindelacten verübt hatte. Außerdem hatte er ehebrecherischen Umgang mit einem weiblichen Diensthöfchen, war nicht von meinem, aber doch von dem Personal eines andern Herrn gepflogen. Bezüglich des letzteren Falles habe ich indessen keine Untersuchung angestellt. Ich würde denselben mit 25 Peitschenhieben bestrafen. Das hierbei in Betracht kommende Mädchen hat überhaupt keine Strafe erhalten. Das Todesurtheil erging in Uebereinstimmung mit allen Herren der Station, die der Ansicht waren, daß in Erwägung des damaligen kritischen Standes der Dinge in Ostafrika und der Anwesenheit der Bevölkerung des Kilimandscharo-Distrikts bei dem Verfahren dieser freche Einbruch mit der Todesstrafe belegt zu werden verdiene. Der zweite Fall wurde im Januar abgeurtheilt und betraf eine Frauensperson. Es handelte sich um ein Komplott in die deutsche Station im Einvernehmen mit feindlich gestimmten Stämmen und in Zusammenhang mit verschiedenen damals vor-

gefallenen Scharmützeln. Vom Ehebruch war in diesem Falle absolut keine Rede. Meiner Ansicht nach muß Ihr Gewährsmann beide Fälle durch einander gemengt haben. Es versteht sich von selbst, wenn auf unserer Station nicht thatsächlich damals nach der Uebelthaten Belagerungszustand geherrscht hätte und ich in meinem Distrikt nicht mit einem drohenden Aufruhr hätte rechnen müssen, ich es vorgezogen haben würde, statt der angewandten Strenge Gnade walten zu lassen. Dr. P.“

Zeugenverhör.

Als Zeuge wird der frühere Maler und bayerische Reservelieutenant a. D. Frhr. v. Beckmann vernommen. Er sagt aus: Auf Mabrel vertraute Dr. Peters alles, er hat aber das Vertrauen auf das Schlimmste getäuscht. Die Lage auf der Station war nicht ungefährlich und sie zwang zur äußersten Strenge. Er könne sich der einzelnen Vorgänge nicht mehr genau entsinnen, er habe darüber keine Tagelohn-Notizen, denn er habe dem ganzen Vorfall gar nicht so große Bedeutung beigelegt. — Präsi.: Es handelte sich doch um ein Menschenleben. — Zeuge: Man muß eben in den Verhältnissen dort drüben gestanden haben, um zu wissen, was man zunächst seiner eigenen Haut schuldig ist. — Der Zeuge gibt zu, daß die durchgepeitschten Weiber, unter denen sich die Konkubine des Dr. Peters befand, geschrieben haben, wie Jemand schrie, der Peinigt bekomme. Peters habe der Züchtigung zugesehen. Bei dem Todesurtheil wider Mabrel habe er eine offizielle richterliche Qualifikation nicht beklommen. Man solle dort eben in solchem Falle zusammen und beratshschlagen, was man wohl am besten thun müsse. Er habe sich jedenfalls auch für den Tod Mabrels ausgesprochen und gestimmt und übernehme gern seinen Theil der Verantwortlichkeit dafür. Auch für die Aufknüpfung der Nagodjo habe er gestimmt, weil alles daraus hindeute, daß sie sich mit einem feindlichen Häuptling in Verbindung gesetzt habe. Da man gezwungen gewesen, kurzen Prozeß zu machen, wer selbst dort oben gewesen, werde wissen, daß, wenn man sicher sein wolle, man sich auch zu wehren verstehen müsse.

Der Maler Kunert, so bemerkt Zeuge v. Beckmann auf Befragen der Verteidigung, habe manches nicht gut gesehen, was Dr. Peters anordnete, er wolle alles viel besser machen können, als Dr. Peters. — Auf Befragen eines Zeigens erklärt der Zeuge, daß Mabrel thatsächlich ein Versteck abgelegt, aber nicht gejagt habe, zu welchem Zweck er den Einbruch verübt habe. Ob er eine Waffe bei sich gehabt, weiß Zeuge nicht, er habe es aber damals für sehr gut möglich gehalten, daß Jemand gedungen würde, um Dr. Peters über die Erde zu bringen. Er müsse es als Deutscher bedauern, daß ein Mann, dem Deutschland so viel zu verdanken habe. . . Der Zeuge wird durch den Vorsitzenden verhindert, derartige Ausführungen weiter fortzusetzen.

Der Zeuge Zande, Bezirksamts-Sekretär, z. Z. suspendirt, behauptet gleichfalls, daß die Hinrichtung Mabrels wegen Vertrauensbruchs und Gefährdung der Sicherheit der Expedition stattgefunden habe. Ob er dabei um seine Meinung befragt worden, wisse er nicht mehr.

Der Zeuge Zande ist inzwischen selbst in ein Disziplinarverfahren verwickelt worden. In diesem ist er auch darüber vernommen worden, wie es denn komme, daß er

selbst nach dem Diktat von Peters einen Bericht an den Gouverneur geschrieben, der den Thatsachen nicht entsprach. Der Zeuge hat darauf erwidert, daß ihm ein solcher Widerspruch nicht aufgefallen sei, daß aber event. Peters auch nicht ein Mann sei, der sich von ihm hätte drein reden lassen. Auf Befragen erklärt Zeuge, daß er heute nicht mehr wisse, ob die Herausgabe der drei entflohenen Weiber und eines Mannes von Malamia verlangt worden sei, er bestimme sich nur, daß ein von der Maleare entlaufener Mann von diesem requirirt wurde. Die Hinrichtung Mabrels habe er gebilligt und würde heute in gleichem Falle nicht anders urtheilen.

Die beiden Zeugen von Beckmann und Zande werden vereidigt.

Aus den Akten wird durch den Referenten Landgerichtsrath Fromm festgestellt, daß Herr von Bronsart eidlich bestritten hat, seine Zustimmung zum Todesurtheil gegen Mabrel gegeben zu haben. Auch Wiest hat dies bestritten und bekundet, daß er die Anweisung zur Vollstreckung des Todesurtheils direkt von Peters erhalten habe. Der Fall habe damals großes Aufsehen erregt. Die verlesenen Aussagen der Zeugen Mittelstädt und Hermes sind unbestimmt. Die Aussagen verschiedener Farbigen sind zu Ungunsten des Dr. Peters ausgefallen, nach dem von Wischmann und anderen erstatteten Gutachten sind jedoch solche Aussagen Farbigen an sich ungläubwürdig, wenn sie nicht durch andere Umstände bestätigt werden. Einige dieser Leute bekundeten, daß Peters den Mabrel aufgehängt habe, weil er bei den Weibern war; Peters habe ihnen verboten, über die Sache zu sprechen, sonst würde es ihnen ebenso gehen, wie dem Mabrel. Herr von Bronsart hat in seiner Aussage u. a. bekundet: Jeder mit den Verhältnissen vertraute Afrikaner werde ihm darin Recht geben, daß es ganz ungerichtlich sei, ein Todesurtheil gegen einen Schwarzen zu erlassen, weil dieser aus irgend einem Grunde in ein Haus eingebrochen ist. Er habe sich auch in diesem Sinne Europäern gegenüber geäußert, und sei der Meinung, daß Peters ihn gerade deshalb nicht zu dem Gericht hinzugezogen habe, weil er das Todesurtheil von vorneherein für unzulässig erklärte. — Der inzwischen gefallene Freiherr von Willow hat in einem Bericht an den Gouverneur, datirt von der Kilimandscharo-Station, den 2. Juli 1892, direkt ausgesprochen, daß Mabrel auf Befehl des Dr. Peters gehängt worden sei, weil er mit einem Weibe Verkehr gehabt hatte und zu diesem Zwecke in das Stationsgebäude eingebrochen sei. — Maler Kunert hat sich ähnlich geäußert und das Todesurtheil für ungerechtfertigt erklärt. — Bezüglich der Lage am Kilimandscharo hat von Bronsart ausgelegt, daß er nicht beobachtet habe, daß nach der Niederlage von Uhehe die Lage besonders gefährdet sei. Dr. Peters schien dies aber anzunehmen, und einen Uebelthäter durch die Warongos zu füttern. Hiermit stimmen die verlesenen Aussagen des Kompanieführers Johannes und der verschiedenen Missionare überein.

Ueber die Frage, ob Mabrel bei seinem Einbruch eine Waffe bei sich gehabt habe, sind bestimmte Bekundungen nicht vorhanden. Die vernommenen Zeugen haben nur von Gerüchten dieser Art gesprochen. Dr. Peters erklärt, daß für ihn das Mitführen von Waffen

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(52. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Thun Sie das, mein Genral,“ ermunterte der Hauptmann, „der Geist eines Einzelnen vermag vieles; Sie genießen als Gutsherr und Militär überdies einer doppelten Autorität; halten Sie eine kleine Ansprache, Sie werden den ersten Funken militärischen Ehrgefühls unter diese Leute werfen.“

Der General räusperte sich.

„Ich will es thun, mein lieber Hauptmann; man bleibt eben Soldat mit Leib und Seele, wenn man auch nicht mehr im Dienste ist. Man versucht es, das moralische Element zu heben, wie und wo es eben nur möglich ist.“

„Eine wahrhaft patriotische Gesinnung, verehrter Herr General,“ pflichtete der Oberlieutenant bei. „Alle diese Burschen kommen jetzt ohne genügende Abrihtung in Kriegsdienste, es wäre sehr gut, wenn man ihnen gleich von vornherein klar machte, daß sie von nun an einen besonderen Stande angehören, und, so lange sie die Uniform Seiner Apostolischen Majestät tragen, nichts mehr mit den Zivilisten gemein haben; kurz, wenn man militärischen Geist und zugleich den Corpögeist in ihnen erweckt.“

„Ich will es thun,“ sagte der General und abermals rief er seinen Säbel gegen den Boden; „geben Sie Acht, meine Herren, ich will diesen Geist mit einigen wenigen, aber klündernden Worten in ihnen erwecken; ich will unter sie treten, ja, unter sie, und Sie werden mich begleiten.“

„Die Herren wollen also quasi eine kleine Musterung halten?“ bemerkte die Gräfin, die sich für dies Vorhaben interessirte.

„Musterung“, wiederholte der General, „ein sehr gutes Wort, mein liebe Gräfin“ (der General liebte es nämlich, seiner Schwägerin ihren Titel zu geben), „ein echt militärisches Wort, wie ich Dir mit Vergnügen konstatire.“

„Sollten wir Euch nicht begleiten?“ fragte die Gräfin animirt und wie es schien, zu einem kleinen belustigenden Experiment nicht übel aufgelegt. „Da Du doch in Deiner Eigenschaft als Schlossherr aufzutreten gedenkst, so wäre es nicht übel, wenn Du auch eine Schlossfrau mitbrächtest, hm? Johanna ist für dergleichen nicht zu verwenden, aber Du kannst mich als ihre Stellvertreterin acceptiren.“

Dieser lustige Vorschlag wurde von allen Seiten mit Aklamation begrüßt und Valerie natürlich sogleich aufgeföhrt, sich anzuschließen. Wie gelegen kam dies für ihre Wünsche!

Stefan war ohne Zweifel da drüben, unter seinen Kameraden; es war Valerie dadurch möglich geworden, ihn wieder zu sehen, vielleicht sogar zu sprechen. Was erhofft ein liebendes Herz nicht alles von einem glücklichen Zufall!

Der General machte eine leichte Verbeugung vor der Gräfin.

„Es ist dies eine echt ritterliche Sitte,“ meinte er, ihren Arm in den seinen ziehend, „und wenn wir mit unseren Damen erscheinen, so dürfte sich die Begeisterung dieser braven Jungen noch um ein bedeutendes vermehren. Herr Hauptmann, Sie geben Ihrer Tochter den Arm, wir gehen sogleich.“

In der That, der General schien fast ungeduldig, in seiner doppelten Eigenschaft als Gutsherr und hoher Militär sich präsentiren zu können, es war das erstemal, daß er hier, sozusagen öffentlich auftrat. Die Gesellschaft schritt über die wilderwachsenen Wege des Parkes dem Ausgange zu. Es war hier ein kleines Pförtchen,

das auf die Gemeindewiese führte. Als man daselbst angekommen, winkte der General seinen Sohn Hans zu sich.

„Du begreiffst doch“, sagte er leise, „man kann die Leute nicht so überraschen; avisire den Bürgermeister von unserem Erscheinen, er soll die Sache gehörig in Szene setzen; ich hoffe, er wird die Ehre zu würdigen wissen, die ich ihm und dem ganze Bezirk hiermit anthue. Er soll die Leute formiren und einige der Honoratioren instruiren, damit der Empfang ein solenner, ein stürmischer wird. — Du verstehst mich doch? Eile voraus.“

Hans that, wie ihm befohlen; er schritt rasch über die Wiese dahin und er hatte bald einen bedeutenden Vorsprung. Als er der Straße sich näherte, die zwischen der Wiese und dem Gasthausgarten lag, mußte er unter einer Gruppe großer Bäume, die am Wiesenrande standen, einen oder mehrere Bekannte entbedt haben. Er grüßte vertraulich hinüber, aber er hielt sich nicht auf, er sprang über die Straße und betrat den freien Platz vor dem Gasthause. Dort, zunächst der Tribüne, auf der die Musikanten Platz genommen hatten, waren an einem langen Tisch die Honorationen, den Bürgermeister Herrn Säuerling an der Spitze, versammelt; Hans setzte sich zu ihnen und entledigte sich seines Auftrages in bester Form. Sie klapperten ihre Bierkrüge zu und rissen dafür Augen und Mäuler auf. Als Hans geendet, schneelten sie sämmtlich in die Höhe, man konnte sie einige Augenblicke wie Ertrinkende mit den Armen hin und her gestikuliren sehen, dabei sprachen sie alle auf einmal, und deshalb, und auch wegen des Trompetengeschmetter, verstand keiner den andern. Der Bürgermeister, seine ergänzende Musik endlich beiseite lassend, begann zu brüllen: „Die Musik soll das Maul halten! Aussehen, aussehen!“ Aber die Wäßer ließen sich nicht irremachen, und schmetterten ihre dreiviertel Takte umbarmherzig weiter.

bei dem Urtheil gar kein erschreckender Umstand war, da Mabrel wie alle übrigen auf der Station mehr oder minder bewaffnet waren. — Der Häuptling Marcale hat bei seiner Vernehmung ausgesagt, daß der Konflikt des Dr. Peters mit Malamia daraus entstanden sei, daß letzterer sich entschieden weigerte, die drei entlaufenen Weiber herauszugeben. Malamia habe bald nach dem kriegerischen Vorgehen des Dr. Peters um Frieden gebeten, der unter der Bedingung gewährt wurde, daß Malamia 10 Ochsen und 15 Riegen zahle. — Ueber die Durchpeitschung der drei Weiber hat Maler Kemert ausgesagt: Die Weiber wurden von einem Schwarzen zu Boden geworfen und erhielten mit einer fingerdicken Mißpferdpeitsche wuchtige Hiebe — etwa 25 — auf das Gesicht, bis das Blut durch den Leinwandbesatz drang. Kemert will sich über diese Nothheit sehr unwillig ausgesprochen haben. Der Lazarethgehilfe West hat dann die verwundeten Mädchen in Behandlung nehmen müssen.

(Schluß folgt.)

Soziales und Partei-Leben.

Der Kampf gegen den „Umsturz“ in Breslau. Daß keine Anklagebehörde des deutschen Reiches einen ähnlich großen Eifer in der Verfolgung der Sozialdemokratie entwickelt, wie die Breslauer, ist in Parteikreisen wohl bekannt. Hat doch der Breslauer Staatsanwalt mit Hilfe des ambulanten Gerichtsstandes auch schon so manchen auswärtigen Sozialdemokraten vor die Schranken des Breslauer Gerichts gezogen. Der Verfolgungseifer der hiesigen Staatsanwaltschaft hat allmählich einen Umfang angenommen, der auch in bürgerlichen Kreisen ein gewisses Aufsehen und selbst Widerspruch hervorruft. Die „Breslauer Zeitung“ beschäftigte sich dieser Tage in einem längeren Artikel mit diesem Gegenstand. Nach einer von dem bürgerlichen Blatte aufgemachten Statistik fanden im ersten Quartal 1897 in Breslau nicht weniger wie 31 Prozesse gegen Sozialdemokraten statt, von welchen 17 sich gegen die Presse und 14 sich gegen die Partei richteten. Von den Preßprozessen endeten 10 mit Verurteilung und sieben mit Freisprechung; von den Parteiprozessen sechs mit Verurteilung und acht mit Freisprechung; insgesammt endeten von den 31 Prozessen also 16 mit Verurteilung und 15 mit Freisprechung. Aus der auffallend hohen Zahl der Freisprechungen folgert das liberale Blatt mit Recht, daß ein unverhältnißmäßig hoher Prozentsatz der Anklagen von vornherein auf sehr schwachen Füßen gestanden haben müsse. Unser hiesiges Parteiorgan erbringt nun im Anschluß an diese bürgerliche Statistik der hiesigen Sozialistenprozesse den Beweis, daß dies Mißverhältnis zwischen Freisprechungen und Verurteilungen auch im vergangenen Jahre bestand. Von dreizehn gegen Sozialdemokraten gerichteten politischen Prozessen im Jahre 1896 (49 Preß- und 14 Parteiprozesse) endeten 32 (26 Preß- und 6 Parteiprozesse) mit Verurteilung und 31 (23 Preß- und 8 Parteiprozesse) mit Freisprechung. Und selbst von den 32 Verurteilungen müssen noch 7 insofern abgerechnet werden, als es der Anklagebehörde erst in zweiter Instanz gelang, eine Verurteilung zu erzielen. Breslauer Richter urtheilen aber keineswegs mild, wenn es sich um Sozialdemokraten handelt. Nimmt man zu den lehrreichen Zahlen dieser Statistik noch eine Anzahl Fälle, die mit Einstellung des Verfahrens endeten, und dazu eine Reihe ergebnisloser Hausdurchsuchungen sowie Beschlagnahmen, die wieder aufgehoben werden mußten, dann bekommt man immerhin ein wenn auch nur schwaches Bild von den Rechtszuständen, unter welchen die Breslauer Sozialdemokraten leben.

Dritte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. (Kreuzer Tag.) Zum Streikreglement werden folgende Beschlüsse gefaßt: Verwaltungen über 3000 Mitglieder können selbstständig (ohne Genehmigung des Vorstandes) in Streiks eintreten und die Sperre über Werkstätten verhängen. Beabsichtigte Angriffsstreiks müssen dem Vorstande drei Monate vorher mitgeteilt werden. Abwehrstreiks sind 24 Stunden vorher zu melden. Bei jedem Streit hat der Vorstand einen Bevollmächtigten in das Streitgebiet zu senden zur Information sowohl als zur Durchführung des Streikreglements. Innerhalb 3 Tage ist ein Situationsbericht an den Vorstand zu senden. Sobald der Streit länger als 4 Wochen dauert, muß die Entsendung eines Bevollmächtigten wiederholt werden. Die Kassenzeit für den Bezug von Streikunterstützung wird auf 26 Wochen festgesetzt. Der Vorstand ist berechtigt, in besonderen Fällen diese Zeit auf 13 Wochen zu verkürzen. Sobald eine Woche kein Bericht an den Vorstand erstattet wird, ist derselbe berechtigt, die Weiterzahlung der Streikgelder zu verweigern. Wenn gleichzeitig mehrere Streiks bestehen, so ist in der Unterstützungs- und Genehmigungsfrage denjenigen der Vorzug zu geben, die auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet sind. Einstimmig angenommen wird eine Resolution folgenden Inhalts: Streiks wegen Maßregelung sind zu vermeiden, dafür ist aber die Unterstützung der Gemäßregelten reichlicher zu bemessen. Ob Maßregelung vorliegt, entscheidet der Vorstand resp. die Mitgliederversammlung des betreffenden Ortes. Sperren sollen nur dann verhängt werden, wenn daraus ein Vorteil für die Mitglieder entstehen kann. Sammellisten darf nur der Vorstand ausgeben. Statutenberatung. Die wesentlichen Änderungen betreffen Erweiterungen der Rechte derjenigen Verwaltungen, welche mehr als 3000 Mitglieder haben. Diesen Verwaltungen wird das Recht zugestanden, Unterstützungen in besonderen Nothfällen ohne Genehmigung des Vorstandes zu bewilligen. Ebenso kann Rechtsschutz von solchen Verwaltungen selbstständig erfolgen. Die Berechnung der Zahl der Delegierten zur Generalversammlung soll nach Zahl der zahlenden Mitglieder stattfinden und ist dabei eine Leistung von 10 Beiträgen pro Quartal zu Grunde zu legen. Die Verhandlungen der Generalversammlung sollen für die Folge stenographisch aufgenommen werden. Die Generalversammlung findet wie bisher alle zwei Jahre statt. Die Einführung der Urabstimmung wird in der Form angenommen, daß die Vornahme derselben von der jeweiligen Generalversammlung (über einschneidende Fragen) beschlossen werden muß.

Außerdem werden noch folgende Anträge angenommen: Der Vorstand hat die Einführung des Einklassersystems (für Mitgliedsbeiträge) vorzunehmen. Das Gehalt des ersten Vorsitzenden, Kassiers und Sekretärs wird auf 165 Mark, für den Redakteur auf 180 Mark, für Hilfsarbeiter auf 140 Mark pro Monat festgesetzt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Stuttgart. Die bisherigen besoldeten Beamten werden (Schlichte mit 68, Werner mit 70, Reichelt mit 65 Stimmen) wiedergewählt. Zum zweiten unbesoldeten Vorsitzenden wird Pfeifer wiedergewählt. Zum Redakteur des Verbandsorgans wird Scherm mit 56 Stimmen wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Frankfurt a. M. Zum Vorsitzenden wird Dejung-Frankfurt gewählt.

Aus Nah und Fern.

Königsberg i. Pr. Unglücksfall. Am Sonnabend Nachmittag waren drei Arbeiter beschäftigt, vor dem Neubau des Kornspeichers der Walzmühle Balken auf die Ladebrücke zu tragen. Die Brücke stürzte ein,

und die Arbeiter stürzten mit den aufgestapelten Balken in den Bregel. Der Polier ist todt; zwei Arbeiter wurden verletzt. — Von der vierten Etage des Speichers stürzte ein Maurer schwer verletzt herab.

Eine internationale Einbrecherbande ist in Brüssel dingfest gemacht worden. Am 16. d. M. statteten zwei elegant gekleidete Herren, die sich als Kataster-Kontroleure einführten, der alten Frau Delsalle einen Besuch ab, angeblich in dienstlichen Angelegenheiten. Kaum hatte ihnen jedoch die alte Dame Einlaß gewährt, als sie dieselbe fesselten und mit vorgehaltenen Revolvern zwangen, ihnen Geld, Werthpapiere und Juwelen im Gesamtwerte von 61 000 Francs anzuliefern. Der Polizei gelang es, zwei Tage später den Haupt-Spionbuben, Alfred Bombeek festzunehmen. Bombeek machte einen Fuchtwort, und als dieser mißlang, legte er mit cynischer Offenheit ein Geständniß ab und nannte vier Personen als Mithäter, die bald darauf gleichfalls verhaftet wurden. Bombeek gab zu, vor fünf Jahren in Gemeinschaft mit einem Engländer in England und in Amerika große Verbrechen verübt zu haben, u. A. überfielen sie einen Geldbriefträger, den sie Brillanten im Werte von 50 000 Francs abnahmen. Man fand bei Bombeek ein Notizbuch mit interessanten Aufzeichnungen, aus welchen hervorging, daß die Einbrecher für die nächsten Tage dem Bürgermeister Nuts von Brüssel, dem Staatsanwalt Willemaers und anderen Beamten ihren Besuch zugebracht hatten. Außerdem enthielt das Notizbuch vorzügliche Pläne vieler Häuser, sowie beschriebene Postkarten etwa folgenden Inhalts: „Mein Herr! Das Schaufenster ober die Fassade des Hauses Nr. . . . ist auszubessern. Veranlassen Sie das Nöthige.“ Das war natürlich nichts weiter als ein Signal zu einem neuen Einbruch.

Das Ei im niederdeutschen Sprichwort. Wenn die Kinder einander die alten Volkswörter aufgeben, da fragen sie wohl auch: „Ick smeet wat Wittes up't Daek, dat seem dor gäl wedder herunner“ oder: „Dar kommt ene Tunne ut Engeland, sunder Bobden und sunder Wand, hett sien Mundlock, hett Spundlock, mi is doch tweerlei Beer in.“ An eifrigen Räthselkessern pflegt es nicht zu fehlen. Wer unsere heimische Volkssprache belauscht, der hört unter den Sprichwörtern, die den Norddeutschen eigen sind, auch oft solche, in denen das Ei eine große Rolle spielt. Gar mancher vorsichtige Fußgänger muß sich die Bemerkung gefallen lassen: „He geht, as wenn he up Eier tritt!“ Dem Uebervorsichtigen sagt man nach: „He drigt dar mit, as Jan mit't Ei.“ Wer stets auf seine Vortheile bedacht ist, „de meet sin Eier good to schellen.“ Mancher allerdings geht bei seinen Anschlägen zu Grunde, „dat sund Winder.“ Oft liegt ein Verlust auch daran, daß das Ei „klüer wäsen will as dat Hohn.“ Wer die Verhältnisse kennt, aus denen der Einzelne hervorgegangen ist, der wundert sich häufig nicht, denn: „Quaad Ei, quaad Klüen!“ Dann aber ist es gut, wenn der Betreffende sich einem Tüchtigen anschließt, so daß man sagen kann: „Se sund een Ei un een Pott!“ Manchmal will man einen Mann, der als Bittender kommt, nicht verstehen, wenn er auch sitzt, „as wenn he Eier utbrüen will.“ Aber wenn der Bittende nicht Alles erreichen kann, so soll er auch mit Wenigen vorlieb nehmen: „Väter 'n halv Ei, as 'n losen Pott!“ Bei allen geschäftlichen Verrichtungen soll man stets das Wichtige im Auge behalten und nicht seine ganze Aufmerksamkeit auf das minder Wichtige konzentriren, damit man nicht zu denen gehört, „de dat Ei wahrt un dat Hohn fleegen laat.“ — In unserer Gegend werden die Eier noch immer nach der Stückzahl verkauft, nicht nach dem Gewicht. „Ei is 'n Ei“, heißt es. Am Ofterabend aber wird sich mancher der Fortsetzung dieses Wortes erinnern: „Ei is 'n Ei, ja de Koster, dar greep he na 'n Gooße-Ei.“

begann: „Kinder! Ihr habt heute einen feierlichen Eid geschworen, ihr habt Seiner Majestät, unserm allergnädigsten Kaiser Franz Josef Gehorsam und Treue geschworen. Ihr seid jetzt Soldaten, ihr seid keine Krieger! Aber Kaiser und Vaterland bedürfen tüchtige Soldaten, tapfere Krieger. Ihr müßt diesen glorreichen Beinamen daher erstreben und zu verdienen suchen. Ihr müßt dies thun, denn Feigheit ist ein Verbrechen! Insubordination ist auch ein Verbrechen! Ihr müßt daher gehorchen lernen. Jede Widersetzlichkeit ist ein Verbrechen, ein Verstoß gegen die Pünktlichkeit ist aber eine Todsünde, und nun erst —“

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Von Band III des „Volks-Lexikon“, herausgegeben von Emanuel Wurm, Verlag von W. Klein u. Comp., Nürnberg, sind weitere 5 Hefte (Nr. 64–68) erschienen, in denen folgende größere Artikel enthalten sind: Kupfer (bessere Legirung), Kupferindustrie, Kirschner (Pelzwaren, Pelzhandel), Kutscher, Lampen (Petroleumlampe, Wachsalampe, Gasglühlicht, elektrisches Bogenglühlicht), Landwirtschaft und deren Betrieb, Landwirtschafts- oder Agrarpolitik (Agrarfrage, Besitzverhältnisse, Gesinde, Dienstenie, Sachseugänger, Agrarfrage in der sozialdemokratischen Partei), Latifundien (Großgrundbesitz), Leben und Tod (Entwicklungsgeschichte des Organismus), Leder (dessen Zurechtung und Verarbeitung), Leichenbestattung, Leihhäuser, Leim, Licht und dessen Lehre, Lithographie, Logik, Lotterie, Silber, Luxemburg, Luxus, die Insel Madagaskar, Magnetismus, Malerei, Maße und Gewichte, Mathematik, Maurer, Mechanik, Mecklenburg (die Großherzogthümer Schwerin und Strelitz), Medizin (Heilkunde, Schulmedizin, Naturheilkunde, Geschichte der Medizin, theurgische, egyptische, indische, jüdische, griechische, römische etc.), Menschenaffen, Metall (Industrie, Arbeiter), Methan (Sumpfgas), Grubengas, Erdöl, Steindl, Mexiko (Republik), Methe (Bertrag, Rindigung), Militärerziehung, Militärgerichtsbarkeit, Militärorganisation, Militär und Heerwesen (Anfang). — Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Volkslexikon kann durch alle Buchhandlungen, Colportage u. s. w. und auch durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungs-Catalog unter Nr. 7089 und im bayerischen Postzeitungs-Catalog unter Nr. 772 eingetragen.

„Ich werde ihnen das Handwerk legen!“ schrie der Adjunkt dem Bürgermeister zu, sich der hohlen Hand als Sprachrohr bedienend, indes die übrigen andere Vorschläge thaten.

„Gegen Sie, legen Sie!“ schrie Herr Säuerling zurück. „Aber nicht ganz; sobald seine Exzellenz erscheint, sollen sie allesamt einen Tusch von sich geben, ich werde Ihnen mit meiner rechten Hand das Signal geben.“

„Ich werde die Rekruten zusammenrufen,“ rief ein anderer.

„Jeder einzeln Verstreute ist zu sammeln, aber ohne sein Mädchen!“ schrie der Bürgermeister wieder zurück. „Die Weißbilder müssen auf die Seite geschafft werden, — laßt sie verschwinden, wir brauchen Platz. Herr Witz, das Uebrige besorgen Sie.“ Der Vizebürgermeister nickte, die Funktionäre stoben auseinander. „Ich muß jetzt schleunigst Sei — Exzellenz entgegen. Mein Hut — Sakra — wo ist denn mein Hut? Mit was soll ich denn Exzellenz begrüßen? Herrgott, die Musik! Jetzt verstummt sie, grade, wo wir sie brauchen — die Gjel! Da nahen sie, die Exzellenz, mit Damen. Aufspielen — einen Tusch — Höllenelement — mein Gut — mein Kopf —!“

Der General hatte mit den Daumen und den übrigen Offizieren den Wiesenplatz, der zum Wirthshause gehörte, betreten. Der Bürgermeister stürzte ihnen entgegen, ohne Hut und ohne Kopf; er bewillkommnete alle, einen nach dem andern, und den General doppelt, und geleitete hierauf die Gesellschaft unter beständigen Winklingen nach dem Tanzplatze. Dort war der größte Theil der anwesenden Rekruten bereits aufgestellt; die Burtschen standen da, die Hände in den Hosentaschen und neugierig um sich glockend, die einen lachten, die andern machten ein ängstliches Gesicht, keiner wußte, um was

es sich handle. Der Bürgermeister hatte schon einige Zeit seinen rechten Arm und seine mit dem blauen Sack-tuch bewaffnete Hand, gleich einer Signalfange in die Höhe gehalten, ohne daß es bemerkt worden wäre. „Tuschchen!“ brüllte er jetzt, da er sich nicht anders mehr zu helfen wußte.

Ein gräßlich falsches Durcheinander von Tönen entströmte den erschreckten Trompeterlippen. Die Gräfin fing laut zu lachen an und hielt sich dabei die Ohren zu, aber ein strenger, mißbilligender Blick des Generals bedeutete ihr, daß er die Sache ernst und würdevoll aufgefaßt wissen wolle. Sie biß sich auf die Lippen und fügte sich. Der General schritt mit ihr die doppelte Reihe der Rekruten entlang, die der „Witz“ noch immer zu formiren bemüht war. Langsam und musternd besah er die Burtschen, die die Köpfe vorstreckten und ihn anstarrten.

„Salutiren — Hundsfötter!“ kommandirte der Bürgermeister, dem der Schweiß gleich Wächen über die Stirn rann.

Die meisten wußten, wie dies zu machen sei, und sie thaten es stolz, den übrigen dadurch ihre überlegene Bildung kundgebend. Diese ahmten es nach, so gut sie konnten. Der General blieb stehen und legte zwei Finger seiner rechten Hand an seine Kappe, dann trat er genau sechs Schritte zurück, und in strammer Haltung, die Brust aufblasend, den runden Bauch soviel wie möglich einziehend, den Kopf grade, überflog sein Adlerblick nun die noch immer anwachsenden Reihen. Die Rekruten verharrten in ihrer salutirenden Stellung. Eine feierliche Pause folgte.

„Kinder“, begann dann der General mit schnarrender Stimme, „ich bin zufrieden!“ Es folgte wieder eine Pause. Der General wußte nicht recht, wie er seine Rede einleiten sollte; endlich hatte er es gefunden, er